

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Alliiertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1.15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1.25 M., in den Landorten 1.30 M., durch die Post 1.35 M. — Im Falle höherer Gewalts, Betriebsstörung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Gehaltene Petitesse oder deren Raum 15 Pfg., die Gehaltene Stellenseite 40 Pfg., Ausleitungsgröße 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Ausland, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 75

Dienstag, den 28. Juni 1932

34. Jahrg

Stadtverordneten-Sitzung

am Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Rathhaus.

Tagesordnung

1. Wahl eines Magistratsmitgliedes
 2. Arbeitsbeschaffung
 3. Bauwachen
 4. Kennzeichnungen
- Darauf geschlossene Sitzung.

Tribünenbesucher haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einzahlung, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einzahlungen sind ungültig.

Kemberg, den 27. Juni 1932.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

100]

H. Ludy.

Bauberatung

durch Herrn Kreisbaumeister Schäfer am 28. Juni, 15 Uhr im Ratshaus.

99]

Der Magistrat.

Der für den 30. Juni vorgesehene

Schweinemarkt

muss infolge Viehseuchengefahr ausfallen.

Kemberg, den 27. Juni 1932.

101]

Der Magistrat.

Papens Wochenendfahrt

Verkehrsstörung in Berlin — Deutsch-französische Aussprache Der belgische Wirtschaftspol

Als die Staatsmänner nach Caennan gingen, schloßen sie die Dauer dieser Konferenz auf zehn höchstens auf vierzehn Tage. Die ersten zehn Konferenztage sind vorüber, und die beiden wichtigsten Kontrahenten dieser Konferenz, der deutsche Reichsminister und der französische Ministerpräsident, konnten doch nur Abschieber in ihre heimischen Hauptstädte machen, konnten noch nicht den Konferenzort verlassen. Waren diese Wochenendfahrten, war diese Verhinderung des Konferenzablaufes ein günstiges oder ein ungünstiges Zeichen? Das man verstaht zusammenzunehmen, daß man einen solchen Abbruch der Besprechungen vermeiden will, kann zunächst nicht ungünstig beurteilt werden. Es müssen Anhaltspunkte dafür vorhanden sein, daß man doch noch eine Annäherung zustande bringen könnte, wenn man Wert darauf legt. Ich wieder zu treffen. Die deutsch-französische Aussprache, die zwischen Papen und Herriot nach tagelanger Vermittlungsarbeit MacDonaldis endlich stattfand, sollte nach den Berichten, die die Delegation beider Länder ausgaben, den Wendepunkt der Konferenz bedeuten. Gewisser sollte sie zur endgültigen Abschieber beider Staatsmänner führen oder die Möglichkeit einer Verständigung aufweisen. Die Tatsache, daß Papen und Herriot heute wieder nach Caennan zurückkehren, liefert den Beweis, daß diese Annäherungsmöglichkeit gefunden ist. Zunächst kann man nur feststellen, daß die Konferenz selbst vielleicht etwas bessere Aussichten hat, als der sofortige Abbruch der Verhandlungen bedeutet haben würde, aber was von den Aussichten der Konferenz gilt, gilt auch nicht von den Aussichten Deutschlands in diesen Reparationsverhandlungen. Zeitliche Momente, wie die Beachtung gewisser diplomatischer Höflichkeit, die Rücksichtnahme auch auf die Vermittler, die ja, gleichviel ob man an England, an Amerika oder an Belgien denkt, fastzeit aufgetreten sind, können den Abbruch der Konferenz einstellen verhindern haben. Was man von positiven Plänen bis jetzt hörte, erweckt jedenfalls nicht den Eindruck, daß man schon eine Annäherung erzielt hat. Das gilt nicht nur für die französischen Pläne, von Deutschland nach drei- bis fünfjähriger Ruhe eine Zahlungsabnahme heranzustellen zu können, die hypothetisch gefordert werden soll, auch für das Projekt des belgischen Ministers Francqui gelten. Bedenken, wenn freilich auch dieser Plan zweifellos eine großzügige Anlage hat und an manche Vor schläge erinnert, die auch von deutscher Seite gemacht wurden.

Francqui Plan läuft darauf hinaus, das wirtschaftliche, währungsrechtliche und kreditpolitische Maßnahmen, das die Beilegung der Krise erleichtert, dadurch auszuschalten, daß man die vorhandenen internationalen Wirtschaftskräfte konzentriert zusammenfaßt, und daß dieser internationale Konzern Garantien für die am schlechtesten gestellten Staaten und Wirtschaften übernehme soll. Einer ganz ähnlichen Vorschlag hatte schon der Generaldirektor der B. B. Banken, Geheimrat Schöck, vor einiger Zeit gemacht, und tatsächlich könnten Geldverpflichtungen eines internationalen Instituts den besonders notleidenden Ländern für einige Zeit helfen. Schärft Prüfung wäre aber schon notwendig, inwiefern das spezielle deutsche Kapitel des ganzen Planes in Betracht kommt. Die Zusammenfassung aller deutschen Vermögens-

und finanziellen Betriebe in einer zentralen Gesellschaft würde sicherlich auch Finanzierungsmöglichkeiten bieten, aber die Übernahme von Anteilen einer solchen Gesellschaft würde in erster Linie Frankreich zufallen, das als einziger europäischer Staat noch in der Lage ist, größere Geldbeiträge festzusetzen. Es ist gewiß begriffen, wenn der Plan Francqui eine Bevorzugung des deutschen Volkes, also eine Art Kredit für Deutschland darstellt, denn ein solcher Kredit würde viel zur Beilegung der deutschen Wirtschaft beitragen, aber die augenblicklichen, rein konjunkturellen Vorteile eines solchen Planes dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß schon die Inanspruchnahme Frankreichs als Geldgeber und mehr noch die Tatsache, daß der ganze Plan zweifellos in Zusammenarbeit mit französischen Politikern hergestellt ist, daß es sich wieder um ein Mittel handelt, neue Reparationszahlungen zu mobilisieren. Der Plan Francqui erscheint unter diesem Gesichtspunkt als ein zwar wirtschaftlich großzügiges, aber politisch recht gefährliches Instrument, das den Zweck haben soll, Deutschland eine Kampagne für die Aufbringung neuer Zahlungen, nicht aber etwa die endgültige Befreiung von Reparationen zu bringen, und die Vorteile des Planes können lediglich den Zweck haben, diese Kampagne so kurzfristig wie möglich zu gestalten.

Als das wichtigste Moment in dem Gang der bisherigen Verhandlungen erscheint unter diesen Umständen, daß von allen Seiten immer mehr die allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenhänge mit in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden und daß man zu internationalen wirtschaftlichen Hilfsaktionen zu kommen scheint. Auch die Abneigung der bisherigen Gläubigerkreise gegen solche Maßnahmen scheint zu verschwinden. Es ist nur logisch, daß unter diesen Umständen die deutsche Delegation auch bereits die Frage aufgeworfen hat, ob und in welcher Form die Auslandschulden der deutschen Privatwirtschaft abgemindert werden müßten, um auf einer niedrigeren Basis die vertragsmäßigen Verpflichtungen Deutschlands erfüllen zu können. Ueber den Rahmen der Reparationspläne hinaus entwickelten sich die Caennan Verhandlungen zu einer Art europäischer Wirtschaftskonferenz, noch ehe das Programm für die in London geplante Weltwirtschaftskonferenz festlag. Das ist ein Moment in dieser zunehmend wirtschaftlichen Betrachtung der internationalen Probleme ist das harte Festhalten Frankreichs an der Forderung, daß in irgendeiner Form doch noch Reparationsverpflichtungen bestehenbleiben sollen, und über die Möglichkeiten dieses Hindernis zu beseitigen, wollte sich wohl der Reichsminister von Papen mit seinen Kollegen aussprechen, als er für wenige Stunden nach Berlin kam.

Herriot bleibt fest

Keine Einigung in der Tributfrage. — Immer neue Schwierigkeiten.

Caennan, 25. Juni.

Ueber die Besprechungen der deutsch-französischen Minister wird bekannt, daß Herriot uneingehängt an dem französischen Standpunkt festhält. Ueber die bisherige Stellungnahme hinausgehend, meldete er sogar den angeblich „legitimen“ Anspruch auf weitere deutsche Tributzahlungen auf der Grundlage des Youngplanes an.

In deutschen Kreisen besteht der Eindruck, daß die hier geschwähte inmerpolitische Stellung des Kabinetts Herriot den französischen Ministerpräsidenten zu immer schärferen und radikalere Forderungen in der Tributfrage treibt. Die deutsche Regierung löst in den gegenwärtigen Verhandlungen ständig auf neue große Schwierigkeiten, da die französische Regierung nicht das geringste Interesse für die wachsende Bedrohung der gesamteuropäischen Wirtschaft und die außerordentliche Notlage Deutschlands zeigt und sich jeder Erkenntnis des wahren Grades der heutigen Lage verschließt.

Von deutscher Seite ist in allen Besprechungen immer wieder darauf hingewiesen worden, daß weitere Tributzahlungen unvermeidlich zu einem völligen Zusammenbruch nicht nur der deutschen, sondern der gesamteuropäischen Wirtschaft führen würden und daß die deutsche Regierung in der Tributfrage unter gar keinen Umständen ein Kompromiß annehmen werde. Die französische Regierung muß somit über den deutschen Standpunkt in der Tributfrage recht eindeutig vollständig im klaren sein.

Trotz der fast hoffnungslosen Lage werden die Verhandlungen noch weiter fortgeführt.

Während der Abwesenheit des Reichsministers sind zahlreiche Besprechungen vorgefallen. Der Reichsaussenminister wird so z. B. längere Unterredungen mit MacDonaldis und Grandi führen.

Die zweite Sitzung

Das über die Nachmittagsitzung der deutsch-französischen Konferenz ausgegebene Communiqué hat folgenden Wortlaut:

Die deutsch-französischen Besprechungen sind heute nachmittag fortgesetzt worden. An ein Epöde des französischen Finanzministers Germain-Martin schloß sich ein Gedankenaustausch mit dem gleichnamigen von beiden Seiten betonten Bestreben, alle Seiten des aufgeworfenen Problems gründlich zu prüfen. Die nächste Zusammenkunft wird Montag, den 27. Juni, 10 1/2 Uhr stattfinden.

Es ist vereinbart worden, daß jetzt unersätzlich Beratungen der Finanzbehörden der deutschen und französischen Abordnung stattfinden sollen, die die Montagssitzung vorbereiten sollen.

Die deutsch-französische Besprechung

Gemeinsame Sitzung der beiden Delegationen.

Caennan, 25. Juni. Die mit Spannung erwartete gemeinsame Besprechung zwischen der deutschen und der französischen Regierung auf der Tributfrage hat pünktlich um 10 Uhr mit einem Besuch des Reichsministers von Papen bei dem französischen Ministerpräsidenten Herriot im Palace-Hotel begonnen.

Anschließend fand um 10.30 Uhr die nach Abschlus der englisch-französischen Verhandlungen bestellte gemeinsame Sitzung der deutschen und der französischen Abordnung statt an der von deutscher Seite der Reichsminister, Reichsaussenminister von Neurath, Reichsfinanzminister Schwerin-Krohnig, Reichswirtschaftsminister Warnebrock sowie Staatssekretär von Hilow teilnahmen, von französischer Seite der Ministerpräsident, der Handelsminister Durand, der Finanzminister Germain-Martin, der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Paganon, und der radikalsozialistische Abgeordnete Bonnet.

Reichsministerpräsident Cather, der ebenfalls in Caennan anwesend war, hat sich auf eigenen Wunsch nach Caennan begeben, um sich über den Gang der Verhandlungen zu unterrichten und nollfalls bei der Behandlung der Devisen- und Währungsfragen zur Verfügung stehen.

Eine amtliche Mitteilung

Der Reichsminister und der französische Ministerpräsident verließen als erste den Sitzungssaal und wurden von allen Seiten von den Pressevertretern begrüßt, worauf sich je doch, irgendwelche Mitteilungen zu machen. Ueber die Sitzung wurde folgende amtliche Verkaufsanzeige veröffentlicht:

„Die deutsche und die französische Abordnung sind zu einer ersten Arbeitsitzung zusammengetreten, in der der deutsche Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krohnig einen eingehenden Bericht über die gesamte deutsch-französische und finanzielle Lage Deutschlands erstattete. Eine zweite Sitzung findet nachmittags statt.“

Die Vormittagsitzung ist ausschließlich mit dem großen Bericht des Reichsfinanzministers Graf Schwerin-Krohnig über die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands angefüllt gewesen. Keiner von den übrigen deutschen oder französischen Ministern hat das Wort ergriffen, da der Bericht des Grafen Schwerin die gesamte Vormittagsitzung ausfüllte. Somit ist in der Sitzung bisher noch keine Entscheidung in der einen oder anderen Richtung gefallen.

Ernte und gespannte Lage

Interne Besprechungen in Caennan.

Caennan, 26. Juni. Der stimmungsfreie Sonnabend ist auf der Reparationskonferenz nach der Abschieber von Papen und Herriots hauptsächlich internen Besprechungen innerhalb der einzelnen Abordnungen gewidmet. Reichsaussenminister von Neurath wurde von MacDonaldis zu einer Unterredung in das Hotel Beaurivage gebeten.

Es besteht der Eindruck, daß hierbei von deutscher Seite ein gewisses Bestreben über die Haltung der englischen Regierung in der Reparationsfrage zum Ausdruck gebracht wurde, da die englische Regierung entgegen ihren ursprünglichen Besprechungen jetzt ihre Haltung fortgesetzt ändert, ohne jedoch für die von ihr als notwendig erkannte sofortige Regelung der Reparationen energisch einzutreten.

Der italienische Außenminister Grandi hat ferner MacDonaldis eine Denkschrift über den italienischen Standpunkt in der Reparationsfrage überreicht, deren Inhalt eine weitgehende moralische Unterstützung der deutschen Auffassung darstellt.

Die italienische Denkschrift geht von den Erklärungen Mussolinis aus und betont die Notwendigkeit einer sofortigen Streichung oder Reparationen als erste Voraussetzung einer Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens.

Der Eindruck der außerordentlich ersten und gespannten Lage der Konferenz hält uneingehängt an. Man verheißt sich nicht, daß die Konferenz nach gegünstigen Verhandlungen nicht einen Schritt vorwärtskommen ist und die Beratungen sich immer noch auf die Darstellung der Notlage der deutschen Wirtschaft beschränken, obwohl hierüber von deutscher Seite vom ersten Tage an völlige Klarheit gegeben ist.

Die große Darstellung der deutschen Finanz- und Wirtschaftslage durch den Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krohnig hat in allen internationalen Kreisen einen nachhaltigen Eindruck hervorgerufen.

Sogar in französischen Kreisen wird die außerordentliche Klarheit und Sachlichkeit der Darstellung des Reichsfinanzministers sowie die ruhige, überzeugende Form seiner Ausführungen hervorgehoben. Zum ersten Male spendet sogar die hiesige und Genfer französische Presse dem deutschen Finanzminister uneingehängtes Lob, das, als einer der ersten Sachverständigen nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas erklärt wird.

Preussischer Landtag

„Chicago-Ausschuss Bernhard Weiß“ eingeleitet.

Berlin, 25. Juni.

Im Preussischen Landtag wurde der Antrag des Geschäftsausschusses auf Verlegung der Genehmigung zur Straßenerweiterung von etwa 50 nationalsozialistischen Abgeordneten angenommen. Ohne Aussprache wurde die dritte Lesung der politischen Annahme erledigt. Die Abstimmungen finden später statt.

Abg. Dr. Freiser (Nat.-Soz.) brachte ferner einen Antrag ein, in dem erklärt wird, es sei in freier der Berliner Kriminalpolizei ein offenes Geheimnis, daß der Berliner Polizeipräsident Bernhard Weiß Mitorganisator und Schlichter von Berliner Spielfests sei, an denen er gefällig interessiert sei, und in denen er mißliebe.

Der Redner beantragte die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung dieser Vorwürfe. Der Ausschuss solle den Namen führen „Chicago-Ausschuss Bernhard Weiß“. Der Ausschuss wurde eingeleitet. Er besteht aus 29 Mitgliedern.

Bei den endgültigen Abstimmungen zur Annahmefrage wurde die im wesentlichen nach den Reichstagen zweiter Lesung mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschen und Kommunisten endgültig verabschiedet. Die schweren Delikte, wie u. a. die Verbrechen gegen das Leben, die Verbrechen der schweren Körperverletzung und des schweren Raubes sind von der Annahme ausgeschlossen.

Im weiteren Verlauf der Abstimmungen findet ein Zusatzantrag Annahme, auf die Reichsregierung einzuwirken, die ständigen Landesgrenzen gegen den Zugang der politischen Arbeiter weiterhin zu sperren. Durch eine Bestätigung der anonymen Kapitalgesellschaften und scharfe finanzielle Kontrolle des Bank- und Wertpapierwesens soll die verantwortungsvolle Spekulation mit den volkswirtschaftlichen Gütern der Nation unterbunden werden.

Der im Ausschuss angenommene Antrag, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung die Arbeitsdienstpflicht einzuführen sei, wird mit 200 Stimmen gegen 198 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschen und Deutschen Volkspartei abgelehnt.

Nach den Abstimmungen setzte der Landtag die Aussprache über die kulturpolitischen Anträge der Parteien fort, an der sich u. a. die Abg. W. Kösting (Soz.), Paulsner (Ztr.), Stadler (Dnt.), und Frau von Ruljesa (DWB) beteiligten.

Im weiteren Verlauf der Debatte nahmen noch das Wort Abg. Schallod (Soz.), Abg. Paulsner (Ztr.), Abg. Kösting (Soz.), Abg. Dr. Stadler (Dnt.), Abg. Dr. Weid (Chr.-Soz.) und Abg. Bepertor (Natfz.).

Die kulturpolitische Debatte wurde von den Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.), Dr. Paulsner, Dr. Weiser (Deutsch-Hann.), Bord (Dnt.) und Kösting (Soz.) zu Ende geführt.

Die Sitzung dauerte bis in die späten Nachmittagsstunden.

Steuerprogramm der Nationalsozialisten.

Im Preussischen Landtag hat die nationalsozialistische Fraktion einen Entwurf eines Steuerprogramms eingebracht, in dem die Staatsregierung erludt wird, bei der Reichsregierung aufs dringlichste vorzutreten, sofort durch Verordnung eine Minderung der Einkommensteuerverpflichtung zu erreichen.

Der steuerfreie Einkommenssteil soll von 720 auf 2400 RM. erhöht werden, für Ehefrau und unterhaltsberechtigtes Kind von acht auf zwölf o. 5. und von bisher höchstens 600 RM. auf nunmehr höchstens 2400 RM. Die Einkommenssteuer bei Einkommen bis zu 8000 RM. soll von 10 auf 8 o. 5. des Einkommens ermäßigt werden. Die bisher 12½-prozentige Einkommensteuer bei Einkommensebenen von 8000 bis 12 000 RM. soll bestehen bleiben; dagegen soll bei den Einkommensebenen über 12 000 RM. folgende Staffelung eintreten: Die Steuer soll erhöht werden bei Einkommen bis 16 000 RM. von 15 auf 20 o. 5., bis 20 000 RM. von 20 auf 25 o. 5., bis 28 000 RM. von 25 auf 32½ o. 5., bis 46 000 RM. von 30 auf 45 o. 5. und bei Einkommen über 46 000 RM. auf 80 o. 5.

Ferner soll durch Reichsgesetz die volle Erstattung der Gewinne von Familienbetrieben, insbesondere von Ärzten, Lehrern, Juristen und Korporenen mindestens in Höhe der Besteuerung der einkommensteuerverpflichtigen Einkommen unter

entsprechender Erhöhung der Körperschaftsteuer gewährleistet und durchgeführt werden.

Nach erregter Aussprache nahm das Haus den nationalsozialistischen Antrag auf Verlegung des Verbots der politischen Versammlungen und Einmischungen mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschen und Kommunisten an.

Die Sitzung fand am Sonnabend früh 5.30 Uhr ihr Ende. Somit eine in der Geschichte der deutschen Parlamente noch nicht dagewesene Sitzungsdauer von 18½ Stunden zu verzeichnen ist. Gegen Schluß der Beratungen herrschte im Haus — weit über 200 Abgeordnete hielten durch — schon eine recht lebendige Stimmung, die sich besonders in gegenwärtigen Zuständen überaus lebhaft äußerte. Die nächste Sitzung, deren Tagesordnung der Präsident im Einvernehmen mit dem Vizepräsidenten festlegen wird, findet am 6. Juli statt.

Für inneren Frieden

Schritte der NSDAP bei Reichsministerien

Berlin, 26. Juni.

Eine Abordnung von Mitgliedern der nationalsozialistischen Fraktion des preussischen Landtages begab sich in dem Reichsministerium des Innern, um ihm aus den vorliegenden Geleiten zahlreiche Fälle von Verbrechen auf Parteilangehörige mitzuteilen und darüber eingehendes Material persönlich zu überreichen.

Wie der „Preussische Volksbote“ mitteilt, hat der Vertreter des Reichsministeriums, Oberst von Bredow, einige Vertreter der nationalsozialistischen preussischen Landtagsfraktion empfangen. Diese gaben der erregten Stimmung der nationalsozialistischen Organisationen wegen der Unfähigkeit der verantwortlichen Behörden schärfsten Ausdruck. Die Führer wiesen besonders darauf hin, daß sie es sich nicht länger gefallen lassen würden, daß täglich unter den Augen der preussischen Polizei Dutzende von SA-Leuten nichtig ermordet oder sonst zu unangenehmen Schicksalen würden. Der Chef des Ministeramtes erklärte, daß er die Beschwerde in der nächsten Kabinettsitzung nachdrücklich behandeln wolle und legte eine entsprechende Abhilfe zu.

Zu dem Empfang der Abordnung der nationalsozialistischen Fraktion des preussischen Landtages beim Reichsminister für das Innere trat der Reichsminister weiter. Die nationalsozialistischen Vertreter verlangten, daß das Reichsinnenministerium aufs schärfste gegen die intellektuellen Urheber der Mordtaten im Reich vorgehen solle, damit die Nationalsozialisten nicht in ihrer Verwirklichung von dem Rechtsbrecht gegenüber den Mordbüchern Gebrauch machten.

Der Bericht des Reichsministers sprach weiter von einem vertekten Zusammenstoß zwischen SPD und NSD in der antisozialistischen Einheitsfront und schloß: Reichsinnenminister Freiser von Gamp nahm die Mitteilungen der nationalsozialistischen Landtagsfraktion zur Kenntnis und versprach, die geeigneten Schritte zur Wiederherstellung der geordneten Zustände schon innerhalb von 24 Stunden vorzunehmen. Man darf also annehmen, daß zunächst der geschäftsführende preussische Innenminister zur Berichterstattung zum Reichsinnenminister befohlen werden wird. Die Aufhebung der Demonstrationsverbote in ganz Deutschland wurde bis spätestens Mitte nächster Woche mit aller Bestimmtheit zugelegt.

Die Stellung des Reichsinnenministeriums

Das Reichsinnenministerium wendet sich gegen die Behauptung, daß es in keiner Stellung gegenüber den Ländern vorhanden sei. Es könne damit gesendet werden, daß die Entscheidung über die einheitliche Regelung des Tragens von Uniformen und der Demonstrationserlaubnis etwa Mitte nächster Woche fallen werde, nachdem der Termin, bis zu dem die Antworten der Länder vorliegen sollten, zunächst der Montag und wegen der veränderten Reaktionsdispositionen des Reichs bis nächster Woche war.

Im Zusammenhang mit den mehrfach demontierten Gerüchten über die Veränderung des Verhältnisses zwischen den aufstrebender Stelle erklärt, die Bundesregierungen tragen wie bisher für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung die volle Verantwortung. Das Ziel der ganzen Besprechungen mit den Ländern sei gemeinlich, es allgemein geordneten, Uniform- und Demonstrationserbote nicht geben solle, daß aber die Polizei die Befugnis haben solle, das zu tun, was zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung erforderlich ist. Die Polizei werde auch in Zukunft in jedem einzelnen Falle die Möglichkeit haben, bei drohender Gefahr Rundgebungen zu verbieten.

Eine Auslastung des heftigen Staatspräsidenten

Nach einer Mitteilung der amtlichen heftigen Pressestelle erklärte Staatspräsident Dr. Brüning, in Heften bestehe ein Uniformverbot nicht mehr. Das Demonstrationserbote habe sich mit Rücksicht auf bürgerliche Zusammenkünfte während der Heftenwahl aber als notwendig gezeigt. Die Befürchtungen, die auch die heftige Regierung an die Aufhebung des SA- und Uniformverbots durch das Reichsamt geknüpft habe, seien leider in Erfüllung gegangen. Es sei charakteristisch, daß die nationalsozialistische Partei, die sich in heftiger Weise hervorzuheben, namentlich für ihre Privatangelegenheiten das Recht des Selbstschutzes verlangen. Dann selbstverständlich würden auch alle anderen Organisationen dieses Recht für sich in Anspruch nehmen. Der Reichspräsident von Hindenburg habe die Aufhebung des Uniform- und SA-Verbots an die Voraussetzung geknüpft, daß die Meinungsstärkung sich dann in ruhigeren Bahnen abspielen und Gewalttätigkeiten vermeiden würden. Wenn sich keine Erwartungen nicht erfüllen sollten, so sei es entsetzlich, gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen. Die Erwartungen des Herrn Reichspräsidenten hätten sich nicht erfüllt. Man dürfe nunmehr erwarten, daß der Herr Reichspräsident, der parteipolitisch nach seiner Seite hin gebunden sei, die Gefahr erkenne und jetzt seine Maßnahmen treffen.

Adolf Hitler zum innerpolitischen Umwälzung

München, 26. Juni.

Adolf Hitler sprach in dem schon eine Stunde vorher völlig überfüllten Zirkus Krone. Er wies auf die innerpolitischen Umwälzung der letzten acht Wochen hin und teilte mit Genugtuung fest, daß es gerade der Reichspräsident v. Hindenburg gewesen sei, der die Wiederherstellung des Rechts vollzogen habe. Zentrum und Sozialdemokratie hätten das Glück, daß die heutige Regierung keine nationalsozialistische Regierung sei. Bayerische Minister seien es gewesen, die noch vor wenigen Wochen in Berlin verhandelt hätten, daß von Reichs wegen die Nationalsozialisten noch schärfer eingeklinkert werde, daß man die SA verbiete. Hitler wies dann auf die Ausweisung der nationalsozialistischen Fraktion aus dem bayerischen Landtag hin und erklärte, daß sich die Partei diese Methode der Rechtsprechung nicht mehr gefallen lassen würde. Die Bayerische Volkspartei habe im Verein mit Zentrum und Sozialdemokratie 13 Jahre lang die Hebelrechte der Länder verurteilt. Die NSDAP werde zunächst wieder einmal die moralische Voraussetzung für solche Rechte darstellen. Das sei die Aufgabe der einzelnen deutschen Länder in einem solchen Wettbewerb untereinander zu bringen und die Wiederherstellung der deutschen Nation, und sie hoffe, daß in diesem Wettbewerb Bayern mit an der Spitze marschiere. Begrüßend die Koalition mit anderen Parteien erklärte Hitler, daß die Nationalsozialisten es ablehnen müßten, die Politik der Parteien weiterzuführen. Die Nationalsozialisten seien bereit, die volle Verantwortung zu übernehmen, und könnten das tun, wenn das Volk am 1. Juli seine Pflicht erfülle.

Kerris Antwort an Adenauer

Der Präsident des Preussischen Landtages, Kerr, hat das Schreiben des Staatsratspräsidenten Dr. Adenauer, das sich mit der Stellung des Landtagspräsidenten und des Staatsratspräsidenten in dem sogenannten Dreier-Ausschuss befaßte, u. a. wie folgt beantwortet: Wenn ich in meinem Schreiben an den stellvertretenden Herrn preussischen Ministerpräsidenten mich als „einzig legitimer Vertreter des Dreier-Ausschusses“ bezeichnete, so war das selbstverständlich nur für den vorliegenden Fall gemeint, weil es sich um die Regierungsneubildung handelte, die nur — so war ja auch die Meinung des Herrn Reichsfinanziers — durch den Landtagspräsidenten in Fluß gebracht werden konnte, und die eine Berufung des Dreier-Ausschusses in diesem Fall durch mich zur Folge haben konnte. Im übrigen stimme ich durchaus Ihrer Meinung, Herr geheimer Herr Staatsratspräsident, zu, daß die Mitglieder des Dreier-Ausschusses nebeneinander gleichberechtigt sind und jeder von sich aus den Zusammentritt des Ausschusses verlangen kann.

Bayerns Entscheidung!

Eine Abgabe an den Reichsinnenminister

Berlin, 26. Juni

Im Bayerischen Landtag gab Ministerpräsident Dr. Heß namens der bayerischen Staatsregierung eine längere Erklärung ab, in der er einleitend sagte: Von dem aufrichtigen Bestreben geleitet,

Tag nach Menschen

ROMAN VON HANS HEIDTCK

(48. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Christa blinde der Frau entsetzt ins Gesicht:

„Ich verstehe das alles nicht.“

„Kommen Sie nur herein“, sagte die Frau, „ich werde Ihnen die Zeitung geben!“

Christa trat zögernd näher. Aber die Frau gab ihr gar nicht die Zeitung, sondern sog es vor, selber zu erzählen.

Honsbrud habe sich erlösen wollen. Sie deutete sein Angeld mit der gehobenen Drohscheit an. Ja — und im Augenblick des Abdrückens sei ein Glühbirnen Brenner auf die Tischplatte aufgeklippt worden. „Aber nicht die Angel war durch die Tür geschlagen und hatte der zufällig im Nebenzimmer weilenden Wirtin den Arm zerquetschert. Ein furchtbares Heulen sei das im Hause gewesen. Den Täter hatte man gleich verhaftet und abgeführt.“

„Und — man hat ihn verurteilt?“ fragte Christa atemlos.

Die Frau fragte eine Pflanze aus, in der sie Karaffeln gezatzen hatte.

„Selbstverständlich! Der hatte ja ohnedies noch zwei Jahre abzubüßen. Sonwegen jahrlängiger Fälschung. Bei einem Autounfall!“

„Dahon habe ich nichts gehört.“ isphaltete Christa ein.

„Und nun?“

„Nun hat er noch ein Jahr dazubekommen und die Strafe sofort antreten müssen.“

„Ich danke Ihnen für die Auskunft!“ sagte Christa und verabschiedete sich hastig. Unersichtlich begab sie sich zum Gelängnis. Fragte nach Honsbrud.

„Ich — der mit dem Holzhain?“ fragte der Wirtin gleich, an den sie sich wandte. „Ein Besuch ist vorläufig ausgeschlossen.“

„Unmöglich —“

„Unmöglich!“

Trotz alledem machte Christa noch einen Versuch. Sie drang bis zum Direktor vor, — konnte aber auch dort nichts erreichen und mußte schließlich unerschütterter Dinge gehen.

Untermwegs dachte sie nach, wie sündlich dieser Mann vom Schicksal heimgelacht wurde.

Zu gerne hätte sie ihn gehen — ohne sich Neugierigkeit darüber ablegen zu können, warum ihr eigentlich so viel daran gelegen war. Sie konnte ihn schließlich nur nach Säulberungen anderer, hauptsächlich durch Löwenberg.

Demnach war er ein Sonderling, aber auch ein höchst anständiger, in seiner Art wertvoller Mensch, der, wie sie wußte, anderen im Stillen schon viel geholfen hatte.

Nun er selber im Unglück lag, gab es wohl niemanden, der ihm half. Sie wußte nur, daß genau, wie jemand, und rücksichtslos in dieser Beziehung das Leben war —

habe auch solvil Klugheit, genau einzusehen, daß all ihre vielen guten Freunde und Freundinnen, die sich jetzt an sie wendeten, weniger ihre Persönlichkeit als ihren Ruf und ihr schönes Einkommen im Auge hatten — und deshalb gab sie auf die ganze Gesellschaft nichts. Ja — sie hatte sogar, seit sie beruflich geworden, gewisse iparische Art angenommen, wenn sie neue Bekanntschaften machte, wodurch sie Distanz hielt.

Man fand es heutzutage sehr selten, daß ein Mensch einem anderen selbstlos half.

Aber Honsbrud war ein Mensch, der ihr tatsächlich einmal ganz selbstlos geholfen hatte, als er sie damals nächtligerweise nach Hause juck. Das konnte sie ihm nicht vergessen. Er war nicht ein Mann, der jede Gelegenheit auszunöhte. Er hatte Charakter.

Diese Erkenntnis, die sie aus ihrem Gefühlsleben hervorholte, war es, was ihn ihr so sympatisch machte, und weshalb sie jetzt aufrichtiges Mitleid mit ihm empfand.

Als sie nach Hause kam, fand sie eine Karte des Apfelflers vor. Wann er sie sprechen könne? Er sei entlassen. Sie letzte sich sofort mit ihm in Verbindung. Schließlich lagen beide in einem kleinen Cafe zusammen.

„Ich ichen um Jahre gealtert. Seine Jüge waren granddurchsucht, die Augen blühten müde und leer.“

„Was soll ich jetzt tun? Was soll ich anfangen?“ fragte er.

„Nun bin ich ein Ausgeflossener. — veremft, vorbetrafft!“

Christa legte freudlich ihre Hand auf die seine.

„Du mußt nicht verzweifeln, Fritz! Ich werde dir helfen, eine neue Existenz aufzubauen.“

Er hob langsam das Glas empor und nippte an dem Wein, den sie ihm hatte vorsetzen lassen.

„Du müßte nicht, was ich beginnen sollte“, sagte er wieder an, „in meinem eigentlichen Beruf werde ich keine Stellung mehr finden.“

„Heberlaße das nur mir“, erwiderte Christa, „vorläufig werde ich für dich sorgen. Du brauchst dir also keine Gedanken zu machen. Halt bu schon ein Unterkommen ge funden.“

„Ja. Ein möbliertes Zimmer in der Emilienstraße.“

„Genau Adresse?“

„24. Gartenhaus, 4. Stod.“

„Anständig, sauber?“

„Sehr primitiv!“

„Wirst du sofort wieder kündigen. Ich werde dir etwas Besseres besorgen.“

„Ich bitte sie groß und fragend an.“

„Ich — verheiß nicht —“ sagte er langsam, „du buh so zu mir sein kannst —“

„Ich will dir helfen. Weiter nichts. Und bitte dich, das zu tun, was ich dir rate.“

„Er drückte ihr innig und dankbar die Hand. Dann trennten sie sich.“

(Fortsetzung folgt.)

Des Frauenherzens schönste Blüte, des Weibes Krone ist die Güte.

wenn irgendmöglich die Grundlage für eine Verfassung zu schaffen, habe die bayerische Staatsregierung das Ersuchen des Reichsinnenministers, dem Ernst der Lage entsprechend, sorgfältig und ohne jede Voreingenommenheit geprüft. Das Gesamtministerium habe nach eingehenden Beratungen einstimmig beschlossen, das es nicht in der Lage sei, dem Ersuchen des Reichsinnenministers zu entsprechen.

Zur Begründung des Ablehnungsbeschlusses führte Ministerpräsident Held folgendes an: Zu diesem Beschluß sei das Gesamtministerium aus rechtlichen und sachlichen Erwägungen gelangt. Die Rechtsgrundlage der bayerischen Verfassung sei unstritten. Das Ersuchen des Reichsinnenministers sei nicht darauf gegründet, daß das landesrechtliche Verbot dem Reichsrecht widerspreche, sondern daß es mit der gegenwärtigen Rechtspolitik nicht im Einklang stehe. Bayern sei gerade infolge des völligen Verfalls jeglicher Uniformen und jeglicher Zulagen von gewaltsamen Zusammenstößen, wie sie andernorts vorgekommen seien, verschont geblieben.

Die bayerische Regierung wies den Vorwurf weit zurück, daß sie durch polizeiliche Verbote eine nationale Bewegung unterdrücken müsse. Der weitaus größte Teil der bayerischen Bevölkerung wolle an seiner in Krieg und Frieden erprobten nationalen Gesinnung nicht zweifeln lassen, wolle aber in der jetzigen schweren Zeit von dem Austragen der politischen Gegensätze auf der Straße nichts wissen, weil dadurch Leben und Sicherheit der Staatsbürger gefährdet würden.

Die Gefahr eines gewaltsamen Umsturzes, durch den das Reich in seiner schwierigen Lage tödlich getroffen werden müßte, könne sonst auch gegen den Willen der politischen Führer heraufbeschworen werden. Die Verantwortung für Entschlüsse, wie sie die Reichsregierung verlange, sei vor dem Gewissen und vor der Geschichte so außerordentlich schwer, daß die bayerische Staatsregierung sie ausschließlich denjenigen überlassen müsse, die ungedacht der von fast allen Ländern geäußerten schweren Bedenken auf der Durchführung solcher Beschlüsse bestehen wollten.

Wegen der außerordentlichen Bedeutung der Angelegenheit habe der Ministerpräsident dem Reichspräsidenten von Hindenburg die Stellungnahme Bayerns in einem besonderen Schreiben mitgeteilt und ausdrücklich betont, daß die bayerische Regierung auf dem Boden der Reichsverfassung liege und bleibe, so wie sich das bayerische Volk in seiner Treue zum deutschen Vaterland von keinem anderen Reichsteil überlassen lasse. Wie immer die Entscheidung der Reichsregierung ausfallen möge, die bayerische Regierung lasse keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie im Rahmen der Reichsverfassung und des Reichsrechts mit allen Mitteln gegen jeden Bruch der Reichsordnung und gegen alle Veruche einzuwirken werde, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde vom Haus mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Abgeordneter Wohlmut (Bayer. Volkspartei) schlug hierauf dem Haus eine Entschließung vor, in der zum Ausdruck kommt, daß der Landtag das Verbot der politischen Zulagen und des Tragens von Uniformen gebilligt habe, weil er überzeugt ist, daß nur dadurch der innere Friede im Lande gewährleistet, der Terror von der staatsstreuen Bevölkerung abgewehrt und die Gefahr für Menschenleben beseitigt werden könne. Das Verbot sei dem Bedürfnis entsprungen, den Schutz der Öffentlichkeit sicherzustellen.

Es sei auf rechtlich unbestreitbare Grundlage aufgebaut und stehe weder mit Reichsgesetzen noch mit einer Reichsverordnung in Widerspruch. Der Bayerische Landtag unterliege die Staatsregierung in dem Bestreben, den inneren Frieden zu gewährleisten. Der Landtag billige es ferner, daß die Staatsregierung an den Verböten festhalte und sich gegen solche Eingriffe wehre.

Der Bayerische Landtag wisse sich mit der Staatsregierung einig, daß die Erfüllung dieser Aufgabe nicht nur zum Schutz der staatsbürgerlichen Freiheit in Bayern notwendig sei, sondern auch im wohlverstandenen Recht des ganzen deutschen Vaterlandes liege.

Die Entschließung wurde vom Haus mit Ausnahme der Kommunisten angenommen; die Nationalsozialisten waren, da sie für 20 Sitzungen ausgeschlossen sind, nicht erschienen, auch die Deutschnationalen wählten der Sitzung nicht bei.

Reichsregierung gegen Gerüchtemacherei

Da in der Presse teilweise der Eindruck erweckt wird, als ob die bayerische Regierung auf Grund des Artikels 64 der bayerischen Verfassung von sich aus einen Ausnahmezustand für Bayern erklären würde, wendet man an zuständiger Reichsstelle sich energisch dagegen, daß in einer derartigen Weise eine Gerüchtemacherei betrieben werde, die in der wirklichen Sachlage keine Begründung finde. Die Länderkonferenz habe ergeben, daß es nunmehr zunächst bei den Ländern liege, sich zu den Vorschlägen und Witten des Reichsinnenministers zu äußern.

Nach der Konferenz habe der Reichsinnenminister noch einmal schriftlich an alle Länderregierungen die Bitte gerichtet, zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen. Das Gesamtministerium werde zunächst auf die Antworten der Länderregierungen warten, bevor erst nach der Rückfrage des Reichsministers aus Lausanne, vorläufiglich Anfang nächster Woche, werde sich das Reichsoberhaupt mit diesen Dingen befassen.

Von zuständiger Stelle wird dann weiter erklärt, daß durch die Verbreitung von Gerüchten, wie die angebliche Verbängung des Ausnahmezustandes in Bayern, nur zur Verschärfung der Lage beigetragen werde. Das bayerische Kabinett werde erst zu den Anregungen des Reichsinnenministers Stellung nehmen. Im übrigen habe sich an der politischen Linie der Reichsregierung nichts geändert. Die Reichsregierung lieg' befreit, zusammen mit den Länderregierungen eine einheitliche Handhabung der Bestimmungen über das Uniformverbot usw. herbeizuführen.

Kleine politische Meldungen

Leichte Erhöhung des Großhandelsverbrauchs. Die vom Statistischen Reichsamt für den 22. Juni berechnete Großhandelsrichtzahl ist mit 96,2 gegenüber der Vormonats um 0,2 u. S. gestiegen.

Der „Angriff“ für fünf Tage verboten. Das Berliner nationalsozialistische Abendblatt „Der Angriff“ ist wegen des in seiner letzten Nummer erschienenen Artikels über den Polizeipräsidenten Weß für fünf Tage verboten worden.

Aus der Heimat und dem Reich.

Kernberg, den 27. Juni 1932

Der Tag der Schützen. Johannisfest, der Tag an dem sich die Kernberger Schützengilde ihren König erwählt, alle Lieberleser und Eitze, gerade deswegen von der Gilde festgehalten. Eine ganze Reihe von Schützengilden haben ihre Feste stark eingeleuchtet oder den widerwärtigen Zeitverhältnissen zum Opfer bringen müssen. Angerufenen ist es darum, daß unsere Gilde es wieder fertig gebracht hat, ihr Fest in alter Weise zu feiern, das ja nicht nur ein Fest der Gilde, sondern das Volkfest der Kernberger ist. Ganz besonderen Anteil nimmt die Einmünderschaft an dem Königswahltag. Gegen Abend geht ein Raunen durch die Straßen des Städtchens. Wer ist König? Der oder der, alle inbaldigen Namen hört man, die dann in den meisten Fällen doch nicht stimmen. — So war es auch in diesen Jahren wieder. Dieß war der Kampf um die Königswürde. Bis in die Abendstunden fiel Schuß auf Schuß. Allen sechs Treffer saßen im Zentrum der Scheibe K. Burchard, D. Mönning, E. Grosfer, G. Ballmann, G. Wend, F. Degen, es ging um den Millimeter. Bei Prüfung der Scheibe stellte sich dann heraus, daß der Schiedsrichter Karl Burchard den besten Schuß abgegeben hatte. Zur Königserklärung trat nach Beendigung des Schießens die Gilde im Garten des Schützenhauses an. Bürgermeister Gebler nahm zur Begrüßung des neuen Königs das Wort. Er führte aus, daß der neue König schon in der Öffentlichkeit steht und zum in einer gemeinnützigen Vereinigung, der freiwilligen Feuerwehr. Hier sei es seine Aufgabe, Feuer und Brände zu löschen, aber auch die neue Würde wird ihm Gelegetheit geben, so manchen Brand zu löschen und im Hinblick auf diese hohe Tätigkeit taute er ihn auf den Namen der Feuerlöcher. Schützengilde taumelt beglückwünschte den neuen König im Namen der Gilde und überreichte ihm die Königsmedaille. Prokop Vertman sprach auf die Schützengilden, Schützenhauptmann Hugo Müller dankte dem alten König, Leopold den Schwidmiller, für die der Gilde bewiesene Treue. Begrüßungsmorte widmeten Vertreter der Dranienhauser Schützen der Gilde und dem neuen König unter Anerkennung der guten Kameradschaft, die in der Gilde herrscht und die treu zu pflegen Aufgabe der Gilde bleiben müsse. Mit dem Einzug der Schützen fand dieser Tag sein Ende. Am folgenden Sonntag fand nach dem Schießen, bei dem seit 1909 zum ersten Male wieder von dem Sonntagsschieß G. Wend 3 mal 20 Ringe geschossen wurden, dann die Einmündung des Königs statt. — Nicht unerwähnt möchten wir die Arbeit der Waage lassen, die wieder fleißig in Tätigkeit treten mußte, um so manchen Uebelthäter abzurufen. Es ging aber alles gut. — So ist nun das Schützenfest zu Ende. Die Schützengilde wird auch im kommenden Jahr die alten Lieberleserinnen traulich weiter pflegen und dem Jeter Karl des Feuerlöcher.

Feierabend! Befragt rechtzeitig Wahlstimm! Wer sich am Wahltag auf Reisen befindet, sollte möglichst rechtzeitig bei der Gemeindebehörde seines Wohnortes einen Wahlstimm beantragen. Feiertagsreisen, die Anfang Juli verreisen und am 31. Juli sich außerhalb ihres Wohnortes aufhalten, wird empfohlen, den Wahlstimm schon jetzt zu beantragen. In dem Antrag ist neben den Personalien und der fähigen Wohnung auch anzugeben, wohin der Wahlstimm nachgegangen werden soll. Die Stimmlisten und Stimmarten liegen vom 10. bis 17. Juli zu jedermanns Einsicht aus. Wer sich in dieser Zeit außerhalb seines Wohnortes befindet, kann die Stimmliste oder Stimmartei durch einen dritten Stimmberechtigten einsehen lassen.

Lehelohe- und Beerenzettel an Erwerbslose. Der preussische Landwirtschaftsminister hat an die Regierungspräsidenten im Anschluß an einen früheren Erlaß, in dem die Ermächtigung zur Abgabe von Holz an Erwerbslose im Wege der Selbstwerbung gegeben war, nunmehr diesen Erlaß dahin erweitert, daß auch Lehelohe- und Beerenzettel an Erwerbslose gegen Arbeitsleistung abgegeben werden sollen.

Eine Stadt unter dem Hammer. Die Stadt Köben a. O., die in Konturs geraten ist, soll jetzt freihändig verkauft werden. Eine ganze Stadt unter dem Hammer! Zum Verkauf stehen Acker, Wiesen und Baugebäude, das etwa 200 Morgen große Stadtkirch, das städtische Parktheater mit Inventar und Sandgruben, mehrere Hausgrundstücke sowie der städtische Park, der etwa 800 Morgen groß ist. Zur Masse gehören außerdem ein Sportplatz, ein Krankenhaus sowie ein Verwahrdepot von 25 000 RM, und die Außenstände aus den abgetretenen Vermögenswerten.

Wittenberg. Zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Kommunisten kam es am Sonnabend vormittag kurz vor 11 Uhr in der Juristenstraße. In einem Schaufenster an dem ehemaligen Artillerie-Wagenhaus wurden seit einiger Zeit Zeitungen und Bilder durch die NSDAP ausgehängt. Einige Kommunisten zerhackten nun heute die Scheiben des Rahmens und wollten die Ausgänge herausreißen. Es sammelten sich dabei viele Menschen an. Da sie auf Aufforderung der Polizei die Straße nicht räumten, machten die Polizeibeamten dem Gummihüpfel Gebrauch und erreichten damit die Räumung der Straße.

Raundorf bei Annaburg, 24. Juni. Der Wauer Seebel war damit beschäftigt, im Garten seines Hauses ein kleines Wasserfaß auszumauern. Sein zweijähriges Söhnchen sah ihm dabei ohne sein Wissen zu. Nach Beendigung der Arbeit lag der Vater zu seinem Entgehen den Kleinen im Wasser liegen. Ohne, daß der Vater es merkte, war er hingerichtet und ertrunken.

Düben. Der Verleger des Eisenmoorbades Düben hat beim Amtsgericht den Antrag auf Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens gestellt.

Mit dem Revolver gegen die Schützengilde. Koitzsch (Kr. Bitterfeld). Eine schwere Familientragödie trat sich am Freitagabend in der Familie des Wauerer Seßler zu. Die Ehefrau Köhlers, die mit ihrem Mann in Schützenhaus lebt, gab auf dessen Schwelger, Frau Delling an, einen Revolverbesitz ab, wodurch Frau Delling am Kopfe erheblich verletzt wurde. Darauf prallte Frau Köhler die Waffe gegen sich selbst. Sie wurde mit

einer schweren Kopfverletzung ins Bitterfelder Krankenhaus gebracht, doch soll sie nicht lebensgefährlich verletzt sein. Frau Delling konnte nach Anlegung eines Verbandes in ihre Wohnung entlassen werden. Der Grund zur Tat dürfte in Familienstreitigkeiten zu suchen sein.

Wittfeld. In die Lohber fiel ein Betrunkener. Da er sich nicht selbst aus seiner Lage befreien konnte, wurde er durch einen herbeigekommenen Polizeibeamten aus dem Wägel gezogen und nach seiner Wohnung gebracht.

Teien (Kr. Schwelm). Die Störche werden registriert. Auf Veranlassung der Higgoländer Vogelwarte nahm die Vogelschutzstelle des Kreises Schwelm in den Orten Bortin, Brandis und Arnsdorf eine Zählung aller hier geborenen Störche vor, um der Vogelwarte Heggoland die Kontrolle über den Vogelzug im Herbst zu ermöglichen. Die Arbeiten riefen selbstverständlich bei der Bevölkerung großes Interesse hervor.

Preßitz (Elbe). Auf dem neuen Markt stürzte der Siebel eines alten Jagdwagenbundes aus dem 18. Jahrhundert zum Teil ein. Jagdwagen und Steine durchdrangen das Dach eines Nachbargebäudes. Somit wurde kein Unfall angeht.

Die Düten werden halbiert

Besau. Der Haushaltsausschuß des Anhaltischen Landtages hat beschlossen, die Düten der Abgeordneten um die Hälfte zu kürzen.

Kürzung der oberen Beamtengehälter.

Besau. Das anhaltische Staatsministerium hat eine Notverordnung beschlossen, die infolge Senkung der Ministergehälter auf 12 000 Mark im Jahre notwendig wurde. Danach werden die Gehälter der Ministerialdirektoren, Präsidenten, Ministerialräte u. gelehrt, daß sie unter der 12 000-Mark-Grenze der Ministerjahre liegen.

Gefährdete Bargeldverhandlungen.

Besau. Die SPD hatte gemeinsam mit der Eiferen Front aus Anlaß des für den 2. und 3. Juli in Besau geplanten großen nationalsozialistischen Treffens und der bevorstehenden Reichstagswahl an die SPD, das Ersuchen um einen Zutritt in ein Gericht. Danach sollten in den nächsten Monaten die Zutrittsfragen innerhalb der Arbeiterkammer in Anhalt eingeleitet werden. In den am Donnerstag in Besau geführten Verhandlungen hat die SPD, das Anerkennen abgelehnt.

Der Vergleich bei Junkers.

Besau. Der neue Vergleichsbericht über Junkers Motorenbau ist bekanntgegeben worden. Danach sollen alle Gläubiger mit Forderungen bis 500 Mark innerhalb vier Monaten nach Abschluß des Vergleichsverfahrens befriedigt werden. Dann wird eine Quote von 30 Prozent in bar im Laufe des kommenden Jahres bis zum Schluß des Jahres 1933 bezahlt werden. Endlich erhalten die Gläubiger eine weitere Quote von 30 Prozent in der Form von Anteilen an Junkers-Motorenbau, so daß die Anteile dann die Mehrheit der Anteile der Summe darstellen werden. Der Status der übrigen Junkers-Komplexe dürfte erst in den nächsten Wochen fertig sein.

Hörselieben. Im sogenannten Hörselieben der Mittelbesen, vor allem die Hörselieben Hörselieben, Darnberg, Ofelbe, Wäpke und Wärselieben, umfaßt, herrscht die große Not. Eine große Zahl von Arbeitlosen belastet die Gemeinden, und das Handwerk und das Gewerbe leiden besonders unter der allgemeinen Notlage, da sowohl die ortsnaheliegende Industrie, als auch die Landwirtschaft der allgemeinen Wirtschaftskrise unterworfen ist. Die Dringlichkeit Hörselieben des Mittelbesen Handwerkersbundes beruht nun ihre Mitglieder zu einer Bundgebung nach Hörselieben, die außerordentlich stark besucht war.

Der Synodus der Magdeburger Handelskammer, Dr. Wolf, sprach über Zeitfragen und Zukunftsfragen des Mittelstandes. Heute befindet man sich in einem Abwärtsschlag. Die von der Regierung angeordnete Preisfestsetzung hat auf dem Rücken des Handwerkes und des Gewerbes ausgewirkt. Es wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Bundgebung der Dringlichkeit Hörselieben des Mittelbesen Handwerkersbundes sowie des Gewerbes vereins Hörselieben, die besonders auch aus der Umgebung Hörselieben stark besucht war, erhebt schärfsten Protest gegen die dauernde Verarmung der Lebensgrundlage des Handwerkes und Gewerbes, die im schwersten Notlage und größten Verelendung in der Reihen des gewerblichen Mittelstandes geführt hat. Die Verarmung bittet die Bundesleitung, in entscheidender Weise auf Erhaltung der letzten Reste und Wiederanrichtung eines freien Mittelstandes befohlen zu sein. Die Entschließung wurde der Zeitung des Handwerkersbundes überliefert.

Chaffatz (Kr. Merseburg). Als der Nachtwächter Frohmme sich in der Nacht auf seinem Rundgang in der Merseburger Straße hinter einem Baum gestellt hatte, fuhr ein Radfahrer vorbei. Ehe sich Frohmme verah, erhielt er von dem Radfahrer mit einem schweren Gegenstand, wahrscheinlich einer Eisenlanze, einen Schlag über den Kopf, so daß er an Stirn und Gesicht blutende Wunden davontrug. Auf dem Rade war vorn ein gefüllter Sack befestigt, den der Radfahrer wohl gestohlen hatte. Schon als der Geschlagene erholt hatte, war der Radfahrer verschwunden.

Fr. Wörneke. Abstrich im Schornstein. Bei den Abstrichen an der Sackstraße führte der Arbeiter Heßelreit aus Eßdorf, der im Sommer eines Schornsteinfegers seine Lohammerie, aus 20 Meter Höhe ab. Zum Glück blieb er ungefähr in der Mitte des Schornsteins hängen, so daß der Unfall noch glimpflich abließ. Allerdings erlitt der Verunglückte eine leichte Gehirnerschütterung und mußte nach dem Knappschäfer-Krankenhaus in Staßfurt gebracht werden.

Domersleben. Die Kinder von Domersleben halten seit altersher alljährlich ein großes Kinderfest ab. Ein solches Kinderfest sollte aber Gieb. Die Kinder haben beschlossen, das Fest lieber zu hinterlassen. Unter Verzicht eines „Offiziers“ haben sie eine kleine Truppe und ein Trommlerposten aufgestellt. Nach langer, gewissenhaften Übungen ist nun die Truppe in Aktion getreten. Sie zieht von Haus zu Haus. Der Offizier trägt flüchtig, ob getrommelt werden dürfe. Die Zulage wird nie verweigert. Nachdem das Trommlerposten seine Weibel hat erlösen lassen, erheben die kleinen Soldaten Schreie. Sie erklären, daß die Finanzverwaltung bereits gelungen ist, jedoch trotz der Notzeit das Fest nicht ausfallen soll.

Drei Jahre Zuchthaus für einen Fahrradradler.
Magdeburg. Das Erweiterte Schöffengericht verurteilte einen gefährlichen Fahrradradler, Bemo Kafe aus Roslau, der wegen Eigentümereigentums wiederholt bestohlen ist, zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Sein Mitangeklagter, Hermann Schulze, ebenfalls aus Roslau, bekam wegen Hehlerei ein Jahr Zuchthaus. Kafe betrieb den Diebstahl von Fahrrädern in Magdeburg im großen, die er fast alle durch den Mitangeklagten in der Roslauper Gegend abholte. Der Durchschnittspreis lag zwischen 10 und 12 Mark. Nach diesen Angaben hat er innerhalb eines Jahres 60 Fahrräder gestohlen und umgekehrt.

14 Prozent Kohlensteuerrückgang im anhaltischen Gattungsgebiet.
Desau. Der Schlichtungsausschuss fällt für das anhaltische Gattungsgebiet einen Schlichtungsbescheid, durch den die bisherige Tarifhöhe bis zu 14 Prozent herabgesetzt werden. Der bisherige Tarif war vor längerer Zeit von der Arbeitsbehörde geändert worden, mit der Begründung, daß eine Anpassung der Tarifhöhe an die Preissteigerungen erfolgen mußte.

Wassentrost (Harz). Hier konnten zwei junge Leute aus Hettstedt festgenommen werden, die mit unglücklichen eifersüchtigen Bekanntschaften mehrere Geldautomaten der Stadt geplündert hatten.

Verurteilung von Güterwagenversteifern.
Leipzig. Der bereits fünfzehnjährige verurteilte Bauarbeiter Friedrich Götschel aus Leipzig wurde wegen Diebstahls von zwei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrenverlust und der Arbeiter Josef Weber aus Leipzig wegen Bestohls zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Götschel hatte im Dezember v. J. wiederholt Güterwagen auf dem Hauptbahnhof in Leipzig erbrochen und große Mengen Braunkohle, Wäcker, Seife, Tabak usw. entwendet, wobei ihm der Mitangeklagte Weber beistand. Die Beute wurde an Händler verkauft. Den Erlös teilten sie die beiden Täter.

Marxburg. Der Landkreis Marxburg, der sich an und für sich in schwerer finanzieller Lage befindet, hat jetzt besondere Schwierigkeiten durch die Dürrenberger Siedlung. Die Siedlungsgesellschaft hat erhebliche Verluste erlitten. Von rund 600 Wohnungen stehen gegenwärtig 140 frei. Dem Landkreise ist es nicht möglich, Hilfe zu leisten. Man rechnete mit den Enteignungsmaßnahmen zwar auch mit der Hilfe des Preussischen Staates; es erhebt sich aber sehr zweifelhaft, ob eine solche Hilfe in ausreichender Weise erwarret werden kann.

Halle. Halle will nicht einsparen. Der Wahlauschuss der Stadtverordnetenversammlung beschloß sich für die Wahl des Oberbürgermeisters. Ein Antrag, den gegenwärtigen Bürgermeister der Stadt Halle, Bürgermeister Wehling, zu wählen, wurde abgelehnt. Das Wort hat nun das Plenum. Der von der gegenwärtigen Arbeitsgemeinschaft gestellte Antrag auf Einparung der Stellen von zwei beizubehalten und drei unbesetzten Stadträte wurden ebenfalls mit Stimmengleichheit abgelehnt. Wiedergewählt wurde mit 7 gegen 3 Stimmen Stadtdirektor Dr. Trutzsch, dessen Wahlzeit auch am 1. April 1933 abgelaufen wäre, und Stadtkämmerer Dr. Mann. (Wahlzeit 16. März 1933).

Sprengstoffanschlag auf eine Lehrerwohnung. Auf das Haus des Lehrers Gerken in dem Dorfe Diel (Hannover) wurde nachts ein Sprengstoffanschlag verübt, und zwar waren die Täter, nachdem sie eine Feuerfische zertrümmert hatten, einen Sprengkörper ins Zimmer, der erpöblich war, und in dem Raum erheblichen Schaden an Möbeln und Wänden

arrichtete sowie auch die Tür demolierte. Ein Brand, der infolge der Explosion ausbrach, konnte gelöscht werden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Die Motive der Tat sind vorläufig noch unklar. Da sich Lehrer Gerken in keiner Weise politisch betätigte.

Zwei Kinder unter dem D-Zug. Zwei Kinder trochen bei Bellen unter der gelassenen Bahnfahrstraße der Straße Dresden—Leipzig hindurch. Die Kinder glaubten wohl, daß die Straße frei sei, weil eben erst ein Güterzug vorbeigefahren war. Sie wurden jedoch von einem aus der entgegengekehrten Richtung kommenden Schnellzug überfahren. Das eine Kind war sofort tot, das andere wurde schwer verletzt.

Ein Täter bei Raubmord. Ein mit vier Personen besetzter Kraftwagen aus Göttingen, der sich auf der Fahrt zum Westauer Johannistief befand, überfiel sich bei dem Dorf Rauen infolge zu schneller Fahrt in einer Kurve viertel und landete schwerbeschädigt im Straßengraben. Die Insassen wurden in das Krankenhaus gebracht, wo der Student Otto Müller aus Göttingen keinen schweren Verletzungen erlitten ist. Zwei Insassen kamen mit leichten Verletzungen davon. Ein dritter, der Fleischer Relian aus Göttingen, lag am Sonnabend früh noch ohne Bestimmung.

Banlier wegen verbotener Devisengeschäfte verhaftet. Der Mühlhahner eines angesehenen Frankfurter Privatbankhauses wurde auf Ansuchen des Amtsgerichts Waldshut in Baden unter der Beschuldigung verbotener Devisengeschäfte verhaftet. Ein Kunde der Bank soll Wertpapiere in Höhe von etwa 80 000 RM aus der Schweiz nach Deutschland unter Kenntnis des Bankiers geschmuggelt und soll dann das Bankhaus mit dem Verkauf der Papiere beauftragt haben. Der Beschuldigte behauptet, daß der Kunde ihm vor der Uebernahme des Geschäftes den ordnungsmäßigen Erwerb der Papiere versichert habe. Die Verhaftung erfolgte, nachdem zuvor eine Prüfung der Bücher der Firma stattgefunden hatte.

Raubmord an einem Hotelbesitzer. Seit zwei Wochen war der Hotelbesitzer Hierermann aus Bergen verschwunden. Jetzt wurde seine Leiche im Kaiser Wilhelm-Kanal in der Nähe von Kiel-Holtenau aufgefunden. Hierermann hatte sich, soweit bekannt geworden, von Bergen nach Hannover begeben, um mit Geldmitteln zu handeln. Er führte eine Summe von 1400 Mark bei sich, die ihm geraubt wurde. Außerdem fehlt seine goldene Uhr. Die Landes kriminalpolizei Kiel verfolgt die Spur der Mörder.

Vier Artilleristen durch Rohrkreuzer getötet. Auf dem Artillerie-Schießplatz in Konauß bei Rowel (Polen) ereignete sich während eines Schaffschießens der vierten Batterie der Offizierschule in Włodzimierz ein Unfall, dem vier Menschenleben zum Opfer fielen. Ein Geschütz hatte einen Rohrkreuzer. Der Geschützverwundete wurde auseinandergerissen. Durch die umherfliegenden Splitter wurden ein Korporal und ein Kanonier auf der Stelle getötet. Zwei weitere Artilleristen erlitten ihren schweren Verletzungen im Krankenhaus. Ein Soldat wurde leichter verletzt.

Alle Zeitungen u. Zeitschriften
 liefert frei Haus **Richard Arnold**, Buchhandlung

Die inneren Unruhen
 Zusammenhänge in verschiedenen Teilen Berlins.
 In verschiedenen Stellen Berlins ereigneten sich wiederum Zusammenstöße zwischen politischen Gegnern, die jedoch durchweg leichten Charakter trugen. So entstand in Charlottenburg in der Spreewegstraße eine Schlägerei zwischen einem Sozialdemokraten und einem Nationalsozialisten.

gerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei der auch Schiffe geschloffen wurden. Ein Nationalsozialist erlitt eine leichte Kopfverletzung, ein Kommunist einen Schulterbruch. Beide Verletzte wurden in das Krankenhaus Westend übergeführt. Fünf Kommunisten wurden durch die Polizei verhaftet. Kleine Kettereien gab es auch noch an anderen Stellen der Stadt, jedoch kam es in allen Fällen nicht zu ernstlichen Verletzungen. Allgemein kann eine gewisse Beruhigung verzeichnet werden.

Ausfahrungen bei einer Verdringung in Duisburg.
 Die Verdringung des Kommunisten Bischof, der einer bei politischen Auseinandersetzungen erlittenen Stichverletzung erlegen war, verurteilten die Kommunisten in einem großen Propagandazug zu gestalten. Aus allen umliegenden Städten waren Parteimitglieder in Duisburg zusammengeströmt. Man schätzte die Menge auf 10 000 bis 12 000 Personen, darunter viele Frauen und Kinder. Die Polizei begleitete die Zuge auf 30 Ueberfallwagen. Schon zu Beginn war es im Stadteil Ruhrort zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, die das Einströmen der roten Fahnen beanstandet hatte. Die Beamten mußten den Gummitümpeln gebrauchen, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Ungeachtet der bedrohlichen Haltung der riesigen Menschenmenge griffen die Beamten zu den Karabinern. Zwei Demonstranten erlitten Stichverletzungen.

Polizeibeamte in Kassel angegriffen.
 Am Anschlag an eine kommunistische Versammlung in der Königstraße kam es zu Zusammenstößen, in deren Verlauf zwei Kommunisten festgenommen wurden. Als die Polizei die Verhafteten abführen wollte, wurde sie von der Menge tätlich angegriffen. Die Beamten mußten von ihren Gummitümpeln Gebrauch machen und schließlich mit der Schlagwaffe die Menge in Schach halten. Die beiden Verhafteten wurden dem Schnellrichter vorgeführt, der sie zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilte und sofortige Anhaftung anordnete.

Fünf Scherenscheiter in Magdeburg.
 Nachdem es zu kleineren Schlägereien zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten auf dem Breiten Weg gekommen war, bei denen einer der Täter von der Polizei festgenommen wurde, entstanden später wiederum auf dem Breiten Weg größere Unruhen. In wenigen Minuten kam es zu einer regelrechten Straßenkrawall, an der etwa 40 Nationalsozialisten und über 100 Reichsbannerleute beteiligt waren und wobei eine große Anzahl Personen zum Teil schwer verletzt wurde. Fünf Nationalsozialisten mußten mit zahlreichen Wessertischen in Kopf und Rücken dem Krankenhause zugeführt werden. Das herbeigeeiferte Ueberfallkommando hatte Mühe, die kämpfenden auseinanderzubringen.

Stahlhelmführer Selbste am 28. Juni im Rundfunk.
 Die Presseabteilung des Stahlhelms teilt mit: Am 28. Juni, dem Tag, an dem vor 13 Jahren das Diktator-Verbot unterzeichnet wurde, spricht der Gründer und Erste Bundesführer des Stahlhelms, Franz Selbte, der am 29. Juni seinen 50. Geburtstag begeht, im Rundfunk über „Das Wollen des Stahlhelms für Staat und Volk“. Der Vortrag findet um 19.00 Uhr im Programm der Berliner Funkstunde statt und ist durch die Propagandabteilung des Stahlhelmbundesamtes allen deutschen Sendern zu Uebertragung angeboten worden.

Dienstag, den 28. Juni
 abends 8 1/2 Uhr in Bürgeraal **Bibelfstunde**
 Richard Westermann-Wittenberg.
 Hierzu wird herzlich eingeladen

Diel Freude
 und geistige Anregung in jedes Haus bringen
Delhagen & Klafings Monatshefte
 Monatlich nur 2.10 RM.
 In aller Welt, wo Deutsche wohnen, sind Delhagen & Klafings Monatshefte verbreitet. Diese Zeitschrift vertritt sich als erste die neuen Werte unserer großen Väter. Sie ist ein g e i s t i g e s Familienblatt und allgemein persönlicher Form die Fortschritte unserer bei den deutschen Geschlechtern vor eine große Fortschritt. Sie berichtet in Wort und Bild, was es Neues gibt auf den weiten Gebieten der Technik, des Sports, der Mode, des Theaters, des Kunstgewerbes. Sie p f l e g t mit ihren wertvollsten farbigen Kunstbeilagen die bildende Kunst.
 Der Verlag Delhagen & Klafing, Leipzig überdenkt auf Wunsch gegen Einzahlung von 20 Pf. in Marken für Porto Kosten los ein Heft (je 2.10 RM.) als Probeheft.

Kind- und Hammelfleisch frische Flecke
 empfiehlt **Heinrich Schneider**
 Empfehle am Dienstag früh blutfrisch **Kablan und Fischfilet**
 Ferner ab heute stets frisch ff. Fettdückerlinge ger. Schellfisch, ger. Seelachs **Richard Tempelhof**, Tel. 256
Morgen Dienstag von früh 1/2 Uhr an **ff Speckfuchen** Ernst Wend
Morgen Dienstag von vormittags 1/2 Uhr an **ff. Speckfuchen** Bäckerei Berndt
Mittwoch vormittag von 9 Uhr an **Speckfuchen** Bäckerei Herrmann
Poetsch-Kaffee frisch eingetroffen bei **W. W. Becker, Wittenberger Straße 19**
Zigarettenpapier empfiehlt **Richard Arnold**

Zur Aufbesserung des Hauses
 empfehle ich alle Sorten Oel-, Leim- und Wasserfarben Fertige Fußboden-, Fenster- und Küchenmöbelfarben
 Neue Schablonen
 Lacke, Firnis, Terpentin, Siccato, Lederlack, Eisenlack, Carbolinum, Salzfäure
 Ofenlack :: Ofenaluminium
 Leim in Tafeln, Pulver und halbfest, Gipsmörtel, Gips, Cement
 Alle Sorten Pinsel
 Rohrnägel :: Pappnägel
J. G. Glaubig

Preuß. Klassen-Lotterie
 Die Erneuerung der Lose zur 4. Klasse hat bis zum 6. Juni zu erfolgen. **Richard Arnold**
Gummibälle
 in allen Größen empfiehlt billigst R. Arnold
Bürger-Verein
 Am Dienstag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Palmbaum **Bersammlung**
 Um zahlreiches Erkommen bittet **Der Vorstand**

41. Zerbster Pferdemarkt-Lotterie
 Ziehung unwiderrüchlich am 23. August
 Vorzügliche Gewinnchancen
12 Hauptgewinne:
 9 beliebige Autos und Ackerwagen, 3 Autos 28 600.—
 118 Gewinne von Zuchtstuten und zwar: 28 Fohlen und Ferkel, 10 Zuchtbullen, 30 Färsen und Kühe, 40 Zuchtweine, 10 Rasthühnerheide 39 125.—
 3470 gewerbliche Gewinne unter anderem: 2 Spielzeugmaschinen, 1 moderne Herrenzimmer-einrichtung, 4 Kücheneinrichtungen, Motorräder, Herren- und Damenfahräder, Nähmaschinen, Zimmergeräte, landwirtschaftliche Geräte, Wirtschaftssachen und sonstige Gegenstände 32 420.—
 3600 Gewinne und 1 Prämie:
 1 Reitpferd mit Sattelzeug 1 200.—
 Die Gewinnausstellung wird Sonnabend, den 20. August, eröffnet: Eintritt frei! zu über 100 000.—
Lose zu 3.— RM zu beziehen durch **Richard Arnold, Kemberg, Leipziger Straße und Markt.**

Sammeltassen
 Reiche Auswahl — Schöne Muster — Billige Preise bei **Richard Arnold, Kemberg**
 Leipziger Strasse und Markt

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Auffmerksames Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Am Falle höherer Gewalt: Betriebsführung Streif usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Begehaltene Pettiseite oder deren Raum 15 Pfg., die Begehaltene Kleinzeile 40 Pfg., Anzeigenzeile 30 Pfg. — Die „Auffmerksame“ von Auswärtigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unbedingt geschilderter oder durch Fernsprecher aufgebender Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Taubend., zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 75

Dienstag, den 28. Juni 1932

34. Jahrg

Stadtverordneten-Sitzung

am Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Rathaus

Tagesordnung

1. Wahl eines Magistratsmitgliedes
 2. Arbeitsbeschaffung
 3. Baukosten
 4. Kenntnisnahmen
- Darauf geschlossene Sitzung.

Freiwillige haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einflüssen, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einflüsse sind ungültig.

Kemberg, den 27. Juni 1932.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

100]

Bauberatung

durch Herrn Kreisbauinspektor Schäfer am 28. Juni, 15 Uhr im Ratshaus.

99]

Der Magistrat.

Der für den 30. Juni vorgesehene

Schweinemarkt

muß infolge Viehseuchengefahr ausfallen.

101]

Der Magistrat.

Papens Wochenendfahrt

Verliererkartung in Berlin — Deutsch-französische Aussprache Der belgische Wirtschaftsplan

Als die Staatsmänner nach Lausanne gingen, schätzten sie die Dauer dieser Konferenz auf zehn, höchstens auf vierzehn Tage. Die ersten zehn Konferenztage sind vorüber, und die beiden wichtigsten Kontrahenten dieser Konferenz, der deutsche Reichsminister und der französische Ministerpräsident, konnten doch nur Abschied in ihre heimlichen Hauptstädte machen, konnten noch nicht den Konferenzort verlassen. Waren diese Wochenendfahrten, war diese Verschlebung des Konferenzablaufes ein günstiges oder ein ungünstiges Zeichen? Daß man versucht zusammenzukommen, daß man einen schroffen Abbruch der Besprechungen vermeiden will, kann zunächst nicht ungünstig beurteilt werden. Es müssen Anhaltspunkte dafür vorhanden sein, daß man doch noch eine Annäherung zustande bringen könnte, wenn man Wert darauf legt, sich wieder zu treffen. Die deutsch-französische Aussprache, die zwischen Papen und Herriot nach längerer Vermittlungsarbeit MacDonaldis endlich stattfand, sollte nach den Parolen, die die Delegation beider Länder ausgaben, den Wendepunkt der Konferenz bedeuten. Entweder sollte sie zur endgültigen Abreise beider Staatsmänner führen oder die Möglichkeit einer Verständigung aufweisen. Die Tatsache, daß Papen und Herriot heute wieder nach Lausanne zurückkehren, liefert den Beweis, daß diese Annäherungsmöglichkeit gefunden ist. Zunächst kann man nur feststellen, daß die Konferenz selbst vielleicht etwas bessere Aussichten hat, als der sofortige Abbruch der Verhandlungen bedeutet haben würde, aber was von den Aussichten der Konferenz gilt, gilt auch nicht von den Aussichten Deutschlands in diesen Reparationsverhandlungen. Taktische Momente, wie die Beachtung gewisser diplomatischer Höflichkeiten, die Rücksichtnahme auch auf die Vermittler, die ja, gleichviel ob man an England, an Amerika oder an Belgien denkt, zahlreich aufgetreten sind, können den Abbruch der Konferenz einmischen verhindern haben. Was man von politischen Vätern bis jetzt hört, erweckt jedenfalls nicht den Eindruck, daß man schon eine Annäherung erzielt hat. Das gilt nicht nur für die französischen Räte, von Deutschland nach drei- bis fünfjähriger Ruhe eine Abzugszahlung herauszuholen zu können, die hypothetisch gesichert werden soll, auch für das Projekt des belgischen Ministers Francaux gelten Bedenken, wenn freilich auch dieser Plan zweifellos eine großzügige Anlage hat und an manche Vorschläge erinnert, die auch von deutscher Seite gemacht wurden.

Francauxs Plan läuft darauf hinaus, das wirtschaftliche, währungsrechtliche und handelspolitische Maßnahmen, das die Befriedigung der Kreise erzwang, dadurch auszugleichen, daß man die vorhandenen internationalen Wirtschaftsverträge konsequent zusammenfaßt, und daß dieser internationale Konzern Garantien für die am schlechtesten gestellten Staaten und Wirtschaften übernehmen soll. Einen ganz ähnlichen Vorschlag hatte schon der Generaldirektor der V. B. Farben, Geheimrat Schmidt, vor einiger Zeit gemacht, und tatsächlich könnten Goldzertifikate eines internationalen Instituts den besonders notleidenden Ländern für einige Zeit helfen. Schärfe Kritik wäre aber schon notwendig, soweit das spezielle deutsche Kapitel des ganzen Planes in Betracht kommt. Die Zusammensetzung aller deutschen kommunalen

und staatlichen Betriebe in einer zentralen Gesellschaft würde ebenfalls auch Finanzierungsmaßnahmen bieten, aber die Übernahme von Anteilen einer solchen Gesellschaft würde in erster Linie Frankreich zulasten, das als einziger europäischer Staat noch in der Lage ist, größere Gelddarlehen festzulegen. Es ist gewiß begriffen, wenn der Plan Francaux eine Bevorzugung des deutschen Volkes, also eine Art Kredit für Deutschland vorliehe, denn ein solcher Kredit würde viel zur Belebung der deutschen Wirtschaft beitragen, aber die augenblicklichen, rein konjunkturellen Vorteile eines solchen Planes dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß schon die Finanzsprüche Frankreichs als Gelddarlehener und mehr noch die Tatsache, daß der ganze Plan zweifellos in Zusammenarbeit mit französischen Politikern hergeleitet ist, daß es sich wieder um ein Mittel handelt, deutsche Reparationszahlungen zu mobilisieren. Der Plan Francaux erscheint unter diesem Gesichtspunkt als ein zwar wirtschaftlich großzügiges, aber politisch recht gefährliches Instrument, das den Zweck haben soll, Deutschland eine Atempause für die Aufbringung neuer Zahlungen, nicht aber etwa die endgültige Befreiung von Reparationen zu bringen, und die Abteile des Planes können lediglich den Zweck haben, diese Atempause so kurzfristig wie möglich zu gestalten.

Als das wichtigste Moment in dem Gang der bisherigen Verhandlungen erscheint unter diesen Umständen, daß von allen Seiten immer mehr die allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenhänge mit den Kreis der Betrachtungen gezogen werden und daß man zu internationalen wirtschaftlichen Diskussionen zu kommen scheint. Auch die Abneigung der bisherigen Gläubigerstaaten gegen solche Maßnahmen scheint zu verschwinden. Es ist nur logisch, daß unter diesen Umständen die deutsche Delegation auch bereits die Frage aufgeworfen hat, ob und in welcher Form die Auslandschulden der deutschen Privatwirtschaft abgemindert werden müssen, um auf einer niedrigeren Basis die vertragsmäßigen Verbindungen Deutschlands zu erfüllen. Ueber den Rahmen der Reparationspläne hinaus entwickeln sich die Lausanner Verhandlungen zu einer Art europäischer Wirtschaftskonferenz, nach der das Programm für die in London geplante Weltwirtschaftskonferenz feststeht. Das führende Moment in dieser zunehmend wirtschaftlichen Betrachtung der internationalen Probleme ist das starke Festhalten Frankreichs an der Forderung, daß in irgendeiner Form doch Reparationsverpflichtungen bestehen bleiben sollen, und über die Möglichkeiten dieses Hindernis zu beseitigen, wollte sich wohl der Reichsminister von Papen mit seinen Kollegen aussprechen, als er für wenige Stunden nach Berlin kam.

Herriot bleibt fest

Keine Einigung in der Erbschaftsfrage. — Immer neue Schwierigkeiten.

Lausanne, 25. Juni.

Ueber die Besprechungen der deutsch-französischen Minister wird bekannt, daß Herriot unerschütterlich an dem französischen Standpunkt festhält. Ueber die bisherige Entscheidung hinausgehend, meldete er sogar den ausdrücklich „legitimen“ Anspruch auf weitere deutsche Zinsauszahlungen auf der Grundlage des Youngplans an.

In deutschen Kreisen besteht der Eindruck, daß die hart geschwächte innerpolitische Stellung des Kabinetts Herriot den französischen Ministerpräsidenten zu immer



Es ist bereits berichtet worden, daß jetzt unerschütterlich Beratungen der Finanzminister beider deutschen und französischen Abordnungen stattfinden sollen, die Montagabend vorzubereiten haben.

Die deutsch-französische Besprechung

Gemeinsame Sitzung der beiden Delegationen.

Lausanne, 25. Juni.

Die mit Spannung erwartete gemeinsame Besprechung zwischen der deutschen und der französischen Regierung auf der Erbschaftsfrage hat pünktlich um 10 Uhr mit einem Besuch des Reichsfinanzministers von Papen bei dem französischen Ministerpräsidenten Herriot im Palace-Hotel begonnen.

Anschließend fand um 10.30 Uhr die nach Abschluß der englisch-französischen Verhandlungen beschlossene gemeinsame Sitzung der deutschen und der französischen Abordnung statt an der von deutscher Seite der Reichsminister, Reichsaussenminister von Neurath, Reichsfinanzminister Schwerin-Krogh, Reichswirtschaftsminister Wirth und sowie Staatssekretär von Hilow teilnahmen, von französischer Seite der Ministerpräsident, der Handelsminister Durand, der Finanzminister Germain-Martin, der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Baganon, und der radikalsozialistische Abgeordnete Bonnet.

Reichspräsident Eulder, der ebenfalls in Lausanne erwartet wird, hat sich auf eigenen Wunsch nach Lausanne begeben, um sich über den Gang der Verhandlungen zu unterrichten und notfalls bei der Behandlung der Devisen- und Währungsfragen zur Verfügung stehen.

Eine amtliche Mitteilung

Der Reichsminister und der französische Ministerpräsident verteilten als erste den Sitzungsal und wurden von allen Seiten von den Pressevertretern bestrahlt, weiteten sich jedoch, irgendwelche Mitteilungen zu machen. Ueber die Sitzung wurde folgende amtliche Verlautbarung veröffentlicht:

Die deutsche und die französische Abordnung sind zu einer ersten Arbeitssitzung zusammengetreten, in der der deutsche Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krogh einen eingehenden Bericht über die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands erstattete. Eine zweite Sitzung findet nachmittags statt.

Die Vormittagsitzung ist ausschließlich mit dem großen Bericht des Reichsfinanzministers Graf Schwerin-Krogh über die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands angefüllt gewesen. Reiner von den übrigen deutschen oder französischen Ministern hat das Wort ergriffen, da der Bericht des Grafen Schwerin die gesamte Vormittagsitzung ausfüllte. Somit ist in der Sitzung bisher noch keinerlei Entscheidung in der einen oder anderen Richtung gefallen.

Erste und gespannte Lage

Interne Besprechungen in Lausanne.

Lausanne, 26. Juni.

Der sitzungsfreie Nachmittag ist auf der Reparationskonferenz nach der Abreise von Papen und Herriots hauptsächlich internen Besprechungen innerhalb der einzelnen Abordnungen gewidmet. Reichsaussenminister von Neurath wurde von MacDonaldis auf einer Unterredung in das Hotel Beaurivage gebeten.

Es besteht der Eindruck, daß hierbei von deutscher Seite ein gewisses Betreten über die Haltung der englischen Regierung in der Reparationsfrage zum Ausdruck gebracht wurde, da die englische Regierung entgegen ihren ursprünglichen Versprechungen jetzt ihre Haltung fortgesetzt ändert, ohne selbst für die von ihr als notwendig erkannte sofortige Regelung der Reparationen ernstlich einzutreten.

Der italienische Außenminister Grandi hat ferner MacDonaldis eine Denkschrift über den italienischen Standpunkt in der Reparationsfrage übermittelt, deren Inhalt eine weitgehende moralische Unterstützung der deutschen Auffassung darstellt.

Die italienische Denkschrift geht von den Erklärungen Mussolinis aus und betont die Notwendigkeit einer sofortigen Streikung aller Reparationen als erste Voraussetzung einer Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens.

Der Eindruck der außerordentlich ersten und gespannten Lage der Konferenz hält unerschütterlich an. Man versteht sich jetzt nicht, daß die Konferenz nach gegnärtigen Verhandlungen nicht einen Schritt vorwärtsgekommen ist und die Beratungen sich immer noch auf die Darstellung der Notlage der deutschen Wirtschaft beschränken, obwohl hierüber von deutscher Seite vom ersten Tage an völlige Klarheit gegeben ist.

Die große Darstellung der deutschen Finanz- und Wirtschaftslage durch den Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krogh hat in allen internationalen Kreisen einen nachhaltigen Eindruck hervorgerufen.

Sogar in französischen Kreisen wird die außerordentliche Klarheit und Sachlichkeit der Darlegung des Reichsfinanzministers sowie die ruhige, überzeugende Form feiner Ausführungen hervorgehoben. Zum ersten Male spendet sogar die hiesige und sonst französische Presse dem deutschen Finanzminister unerschütterliche Lob, der als einer der ersten Europäer nicht nur Deutschland, sondern auch Europas erklärt wird.